

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 20. November 2025; Bericht

Am 20. November 2025 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine, die Lage im Nahen Osten sowie die Lage im Sahel und im Sudan.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas verwies einleitend auf die weiterlaufenden Bemühungen zum weiterhin besonders wichtigen globalen Outreach. Nach dem EU-Afrikanische-Union-Gipfeltreffen solle die Koordinierung in diesem Sinne weiter verstärkt werden, um hochrangige Kontakte zu relevanten Drittstaaten sicherzustellen. Interessensbekundungen für Besuche in Drittstaaten im Namen der EU und Feedback der Mitgliedstaaten seien erwünscht. Unter den anzunehmenden A-Punkten wurde auf die Ratsschlussfolgerungen zum Pakt für den Mittelmeerraum und zur internationalen Digitalstrategie der EU verwiesen. Mitgliedstaaten wurde für die Teilnahme am Abendessen mit den Westbalkan-Staaten am 19. November gedankt. Es würden Optionen für die vertiefte Kooperation in multilateralen und sicherheitspolitischen Angelegenheiten mit der Region erarbeitet werden. Außerdem hoffte HV/VP Kallas auf ein klares Signal der Mitgliedstaaten an die Europäische Kommission zur Aufhebung der weiterhin aufrechten temporären Maßnahmen gegen den Kosovo; ein Mitgliedstaat stellte Anmerkungen dazu in Aussicht.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wies der ukrainische Außenminister Andrii Sybiha einleitend auf die weitere Eskalation durch Russland hin. Die Nutzung der immobilisierten russischen Vermögenswerte könne die russische Kalkulation zur Fortsetzung des Krieges verändern. Friedenspläne mit territorialen Zugeständnissen oder Beschränkungen der ukrainischen Streitkräfte seien nicht möglich. Es brauche mehr Druck auf Russland für ernsthafte Friedenspläne. Die EU-Erweiterung sei ein wesentlicher politischer Teil von Sicherheitsgarantien, ebenso betont wurde die Bedeutung der Rückkehr der verschleppten ukrainischen Kinder und der Sicherstellung der Rechenschaftspflicht

durch das Sondertribunal für das Verbrechen der Aggression. Die ukrainische Regierung habe bei den rezenten Korruptionsfällen entschlossen gehandelt, es werde an Maßnahmen im Beschaffungswesen und Energiesektor gearbeitet.

HV/VP Kallas betonte die unverändert gültigen Prinzipien für einen gerechten und dauerhaften Frieden und die Forderung nach einem Waffenstillstand. Sanktionen gegen die Schattenflotte seien ein effektives Instrument, müssten jedoch durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Die russischen Energieeinkünfte müssten weiter reduziert werden; es werde an einem 20. Sanktionspaket gearbeitet.

In der Diskussion betonten mehrere Mitgliedstaaten, dass der bisherige EU-Kurs fortgesetzt werden müsse, und sprachen vor allem Sanktionen, die Finanzierung der Ukraine und die Schattenflotte an. Ich betonte, dass die Kommunikation von Seiten der EU wichtig bleibe. Um nicht im Abseits zu stehen, müsse die EU den Dialog mit den Vereinigten Staaten von Amerika zur Frage der Beendigung der Kampfhandlungen verstärken. Bei den Bemühungen um Verhandlungen könne das OSZE-Ministertreffen in Wien im Dezember eine Gelegenheit bieten. Auch bei Sanktionen stelle sich die Frage der Kommunikation, ein kluges Vorgehen sei notwendig. Die weitere Stärkung der Sanktionen zur Schattenflotte werde durch Österreich unterstützt. Österreich bleibe bei seinem Aufruf zur Verhinderung einer doppelten Bereicherung russischer Oligarchen; europäische Unternehmen müssen unterstützt werden. Die Unterstützung für die Ukraine müsse in allen Dimensionen fortgesetzt werden. Österreich plane auch, zur Stärkung des ukrainischen Sicherheitssektors beizutragen, und werde Unterstützung für das Projekt „Blue Haven“ der European Union Advisory Mission (EUAM) Ukraine leisten, mit dem die psychosoziale Betreuung ukrainischer Sicherheitskräfte verbessert werden soll. Das Optionenpapier der Europäischen Kommission zur Finanzierung der Ukraine werde begrüßt, es braucht eine solide Rechtsbasis und eine Einschätzung der Auswirkungen auf die Finanzstabilität und Wirtschaft in der EU.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten begrüßte HV/VP Kallas die Annahme der Sicherheitsratsresolution der Vereinten Nationen zum Gaza-Friedensplan, die die Einrichtung des Board of Peace (BoP) und der Internationalen Stabilisierungstruppe (ISF) ermögliche. Die EU müsse sich nun auf ihren Beitrag zur Umsetzung der Resolution und des umfassenden Plans zur Beendigung des Krieges in Gaza konzentrieren. Ein konkreter Vorschlag dafür sei die Stärkung der bestehenden Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, konkret der European Union Border Assistance Mission (EU BAM) Rafah und der European Union Mission for the Support of Palestinian Police and Rule of Law (EUPOL COPPS). HV/VP Kallas hoffe, dahingehend bereits beim RAB im Dezember konkrete Entscheidungen treffen zu können. Die EU-Präsenz und -Koordination im von den Vereinigten Staaten von Amerika geleiteten Civilian-Military Coordination Centre (CMCC) werde durch die Entsendung des hochrangigen EU-Diplomaten Christian

Berger gestärkt. Kommissarin (KM) für das Mittelmeer Dubravka Šuica verwies auf das heutige Treffen der Palestine Donor Group (PDG), das eine Gelegenheit zum Austausch mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zur Umsetzung der Reformagenda sowie zu den gemeinsamen Bemühungen zum Gaza-Wiederaufbau biete. KM für humanitäre Hilfe und Krisenschutz Hadja Lahbib verwies auf die weiterhin katastrophale humanitäre Lage in Gaza und den fragilen Waffenstillstand. Es brauche uneingeschränkten humanitären Zugang. KM Lahbib werde nächste Woche nach Ägypten reisen und habe auch um eine Einreiseerlaubnis nach Gaza ersucht, bisher jedoch keine erhalten. Im Rahmen der Diskussion begrüßten die Mitgliedstaaten die Sicherheitsratsresolution der Vereinten Nationen, die ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des umfassenden Plans zur Beendigung des Kriegs in Gaza sei, und sprachen sich für die Stärkung der Rolle der EU bei der Umsetzung des Friedensplans aus, unter anderem durch die Ausweitung der Aktivitäten von EU BAM Rafah und EUPOL COPPS.

In der Diskussion zur Lage im Sahel und im Sudan verwies HV/VP Kallas eingangs auf die sich verschlechternde Sicherheitslage im Sahel. Hauptthemen seien der russische Einfluss und die damit einhergehende Desinformation sowie die Sicherheitslage, Migration und humanitäre Hilfe. EU-Sonderbeauftragter (EUSB) für die Sahelzone João Cravinho habe einen erneuerten Ansatz für den Sahel ausgearbeitet. Stabilität im Sahel sei zentral auch für die europäische Sicherheit. Ein flexibler und auf jeden Staat der Region maßgeschneiderter Zugang sei erforderlich, unter Verwendung aller der EU und den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden Mittel (unter anderem Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, wirtschaftliche Partnerschaften). Zur Lage im Sudan wurden nach den rezenten gezielten Tötungen an Volksgruppen neue EU-Sanktionen verhängt, es sei jedoch weiterhin wichtig, mit beiden Konfliktparteien zu sprechen. Die Mitgliedstaaten wurden ersucht, auf die Quad (Vereinigte Staaten, Ägypten, Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) mit den vereinbarten Lines-to-Take zuzugehen. KM Lahbib gab einen Überblick über die humanitäre Hilfe seitens der EU in beiden Regionen. In der Diskussion zeigten sich die Mitgliedstaaten weitgehend einig und lobten die Arbeit von EUSB Cravinho und EUSB für das Horn von Afrika Annette Weber. Zwei Mitgliedstaaten forderten Ratsschlussfolgerungen zum Sahel für den RAB im Dezember, vier weitere die Erarbeitung einer neuen GSVP-Mission für den Sahel.

Es wurden keine Punkte unter Laufende Angelegenheiten behandelt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

15. Jänner 2026

Mag.^a Beate Meini-Reisinger, MES
Bundesministerin